

TORGAUER ERKLÄRUNG

Das absehbare Ende des Braunkohleabbaus stellt das mitteldeutsche Revier und die Lausitz vor gewaltige Herausforderungen. Ein kompletter Industriezweig wird in wenigen Jahrzehnten von der Landkarte verschwunden sein. Doch die Menschen in den betroffenen Regionen brauchen eine Perspektive. Darum müssen wir heute für die Alternativen von morgen sorgen. Wirtschaftsansiedlungen werden allerdings nur gelingen, wenn dafür die passende Infrastruktur vorhanden ist.

Wir fordern daher die neue Bundesregierung und die Landesregierungen von Sachsen, Sachsen-Anhalt und Brandenburg auf, das Straßenbauprojekt „Milau“ zu unterstützen, mit dem die heutigen Braunkohlereviere Mitteldeutschland und Lausitz durch eine leistungsfähige Ost-West-Verbindung besser erschlossen werden. Nach dem Grundsatz „Ausbau vor Neubau“ lässt sich dafür das bestehende Bundes- und Staatsstraßennetz von der A 38 im Westen bis zur B 115 im Osten nutzen.

Die neue Verbindungsstraße „Milau“ soll parallel zu A 4 und A 14 verlaufen, was auch zu deren Entlastung führen wird. Vorrangig aber wird „Milau“ die Voraussetzungen für wirtschaftliche Neuansiedlungen und eine höhere Mobilität der Menschen schaffen - durch die Anbindung an das vorhandene Autobahnnetz im Westen und an einen weiteren Übergang nach Polen im Osten.

Das Verkehrsprojekt „Milau“ schafft Wege in die Zukunft. Angesichts langjähriger Planungs- und Bauzeiten duldet es keinen Aufschub. Wir fordern die Entscheidungsträger in Bund und Ländern auf, ihre Verantwortung dafür wahrzunehmen.



Kai Emanuel
Landrat Nordsachsen



Uwe Schütze
Landrat Anhalt-Bitterfeld



Christian Heinrich-Jaschinski
Landrat Elbe-Elster



Henry Graichen
Landrat Leipzig



Arndt Steinbach
Landrat Meißen



Bernd Lange
Landrat Görlitz



Michael Harig
Landrat Bautzen



Siegurd Heintze
Landrat Oberspreewald-Lausitz



Harald Altekrüger
Landrat Spree-Neiße